

## Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Bericht aus dem Bundestag</b>	<b>Seite 2</b>
<b>Bericht aus dem Landtag</b>	<b>Seite 3</b>
<b>Bericht aus der Stadtratsfraktion</b>	<b>Seite 4</b>
<b>Bericht vom Herbstfest</b>	<b>Seite 6</b>



**Der Ortsvorstand der CSU Landsberg wünscht allen Mitgliedern ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie Glück, Gesundheit und viel Erfolg für das Jahr 2018**

### Redaktion – Impressum

Herausgeber: CSU Ortsverband Landsberg  
Vorsitzender: Mathias Neuner  
Geschäftsführer: Christian Hettmer  
Redaktion: Petra Ruffing

V.i.S.d.P.: der Vorsitzende  
Alle Rechte der Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung vorbehalten.

Liebe CSU-Mitglieder,  
Liebe Leserinnen und Leser,

In dieser Ausgabe berichten unser neuer Bundestagsabgeordneter Michael Kießling und Alex Dorow über die Entwicklungen nach der Bundestagswahl. Anfang des Monats hat die CSU glücklicherweise endlich die erforderlichen Konsequenzen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl gezogen und die Partei für die anstehende Landtagswahl 2018 personell neu aufgestellt. Wichtig ist es jetzt, in einem zweiten Schritt sorgfältig zu analysieren, warum sich so viele Wähler diesmal gegen die CSU entschieden haben. Wir alle müssen unsere Partei bei diesem Prozess und dem anstehenden Wahlkampf unterstützen, damit wir bei der Landtagswahl wieder zu alter Stärke finden.

Im Bund sieht es ganz anders aus. Die Bundestagswahl liegt nun schon fast drei Monate zurück und wir haben immer noch keine Aussicht auf eine neue Regierung. Nachdem man die ersten vier Wochen nach der Wahl erst einmal nur die Landtagswahl in Niedersachsen abgewartet hat, statt mit den Sondierungsgesprächen für Jamaika zu beginnen werden nun, nach dem Jamaika-Aus, die Gespräche mit der SPD begonnen. Allerdings müssen ja auch diese Partner, die seit 4 Jahren miteinander regieren erst einmal sondieren, ob sie einen gemeinsamen Konsens finden und wieder miteinander regieren möchten. Zeit scheint keine Rolle zu spielen, obwohl eine neue Regierung vor großen Herausforderungen stehen würde. Nimmt man nur die weltpolitischen Krisenherde in Nordkorea oder vor Europas Haustür in Syrien und im Nahen Osten. Aber auch die Ideen zur Neuausrichtung Europas und die Brexit-Verhandlungen würden eine handlungsfähige deutsche Regierung brauchen. Und nicht zuletzt unsere eigenen Probleme, wie der Umgang mit den Flüchtlingen oder die Digitalisierung und deren Auswirkungen auf unser Leben. Dies sind Probleme, die die Menschen beschäftigen und verunsichern und für die sie von den Politikern Lösungen erwarten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich die Bürger in noch stärkerem Maße den populistischen Parteien zuwenden, die einfache Lösungen für diese Probleme versprechen. Es wird Zeit, dass sich die Politiker in Berlin dieser Verantwortung stellen und eine Regierung für unser Land bilden. Hoffen wir, dass sie dies nun in ansehbarer Zeit tun.

Aber auch eine Aufarbeitung des sehr schlechten Wahlergebnisses, das die CDU erzielt hat, steht noch aus. Dass man nach wie vor die stärkste Partei ist erspart der CDU angesichts der großen Verluste nicht die Analyse, warum sie derartig schlecht abgeschnitten hat.

Ich wünsche Ihnen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und viel Glück und Gesundheit im Neuen Jahr.

Ihre Petra Ruffing



**Bericht aus dem Bundestag  
Das Start Up in Berlin**

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gleich zu Beginn möchte ich Ihnen ganz herzlich für Ihre Unterstützung in den vergangenen Monaten danken. Die Anstrengungen haben sich gelohnt. Als direkt gewählter Abgeordneter werde ich in den kommenden Jahren Ihre Stimme in Berlin sein.

Für mich gilt nun, unsere Region auf Bundesebene weiter zu stärken und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, der lokalen Wirtschaft, Landwirtschaft sowie der Vereine und Verbände mit vielfältigem Engagement zu vertreten. Dabei freue ich mich auf die Gespräche und Begegnungen mit Ihnen. Denn nur durch den Dialog vor Ort ist eine gute Politik im Deutschen Bundestag umsetzbar. Sollten Sie einmal Fragen oder Probleme haben, bei denen ich als Ihr Bundestagsabgeordneter helfen kann, wenden Sie sich jederzeit gerne an mich oder meine Büros.



Wie Sie sich vorstellen können, waren es bisher sehr bewegte Wochen in Berlin.

Am 12. Oktober wurde das Wahlergebnis für endgültig erklärt. Am 24. Oktober fand die konstituierende Sitzung statt. Es war natürlich ein ganz besonderer Moment für mich, das erste Mal im Plenum des Deutschen Bundestages sitzen zu dürfen. Aber auch vor und zwischen den Sitzungswochen war ich oft in Berlin gewesen. In erster Linie deshalb, um gemeinsam mit der Fraktion den Fortschritt der Sondierungsgespräche zu besprechen.

In der Öffentlichkeit wurde viel über die Schmerzgrenzen der Grünen diskutiert. Das war sicher nicht förderlich, weil ja auch wir unsere Punkte gesetzt haben. Unsere Verhandlungsführer haben sich sogar sehr gut geschlagen, bis die FDP die Reißleine zog. Wir hatten die wichtigsten Punkte durchgebracht. Ich bin deshalb zuversichtlich – egal wie es nun genau weitergeht – dass man in jeder künftigen Regierung die Positionen der CSU klar erkennen wird. Das gilt für die Begrenzung der Migration genauso wie bei der Inneren Sicherheit und bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Tatsächlich bietet die Zeit bis zur Regierungsbildung für jeden Abgeordneten eine nützliche „Lücke“, um seine zukünftige Arbeit organisieren zu können. Das Übergangsbüro musste bezogen, Mitarbeiter eingestellt und sehr viele Formulare ausgefüllt werden. Ein Zimmer, ein Schreibtisch, drei Menschen mit Laptops sitzen rundherum – so sieht mein Arbeitsplatz in Berlin momentan aus. Aber nach und nach kommen das Mobiliar und die Technik hinzu. Auch in Landsberg geht es voran. Das Büro wird zu Beginn des neuen Jahres voll einsatzfähig sein. Bis dahin gleicht meine Arbeit also eher der eines Start-up-Unternehmens.

Die fachliche Arbeit der Abgeordneten beginnt erst, wenn die Regierungsbildung abgeschlossen ist. Dann werden wir den Fachausschüssen zugeteilt und die Gesetzgebungsprozesse laufen an. Ich freue mich darauf. Wann das allerdings genau sein wird, kann momentan natürlich niemand sagen. Ich hoffe, dass die SPD sich ihrer Verantwortung bewusst wird und auch in den Sondierungsgesprächen dann nur realistische Forderungen stellen wird.

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten und alles Gute im Neuen Jahr

Ihr  
Michael Kießling MdB

**Termine bitte vormerken**

28.1.2018 14.00 Uhr Kinderfasching der Frauenunion im Sportzentrum

11.3.2018 17.00 Uhr Frühlingsempfang des CSU-Ortsverbandes im Festsaal des Historischen Rathauses mit  
Dr. Benedikt Franke, Operation Manger der Münchner Sicherheitskonferenz

## Aktuelles aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreunde,  
schon wieder geht ein Jahr seinem Ende entgegen – Zeit, aus landespolitischer Sicht eine kurze Bilanz zu ziehen und einen Ausblick zu geben auf das vor uns liegende Jahr 2018.

Die sicher herausragendste Veränderung in diesem Jahr ist die Tatsache, dass die CSU künftig von einer Doppelspitze geführt wird. Das haben CSU-Parteivorstand und Landtagsfraktion in der ersten Dezemberwoche einstimmig beschlossen. Horst Seehofer wird am CSU-Parteitag erneut für das Amt des Parteivorsitzenden kandidieren. Das Amt des Ministerpräsidenten wird er im 1. Quartal 2018 an Finanzminister Markus Söder übergeben, der die CSU als Spitzenkandidat in die Landtagswahl 2018 führen soll. Damit setzt die CSU nach von vielen als belastend empfundenen Wochen des Streits auf Erneuerung und Einigkeit gleichermaßen. In der gemeinsamen Verantwortung, das Erbe von Alfons Goppel, Franz-Josef Strauß und Edmund Stoiber zu mehren, gibt es jetzt eine einstimmig gefundene und getragene Lösung. Wir werden sie dringend brauchen, denn wir stehen auf allen Gebieten vor großen Herausforderungen.

Aus bayerischer Sicht bleibt es eine der großen Aufgaben, den ländlichen Raum als gleichberechtigten Zukunftsraum weiterzuentwickeln. In den Ballungsräumen bleiben eine gute Verkehrsentwicklung und das Thema bezahlbarer Wohnraum künftige Kernaufgaben.

Mit der LEP–Teilfortschreibung als Baustein der bayerischen Heimatstrategie liegt ein Zukunftskonzept vor, das weiteres Wachstum und Wohlstand ermöglicht, gleichzeitig aber einen Ausverkauf der Heimat verhindert. Entscheidend ist dabei für die CSU, dass wir unsere subsidiäre Verantwortung wahrnehmen, also nicht zentral von München oder Berlin aus entscheiden wollen, sondern den Entscheidungsträgern vor Ort neue Spielräume und wichtige Kompetenzen erschließen. Sie wissen am besten was für ihre Städte und Gemeinden gut ist.

Das bedeutet beispielsweise, dass wir zu unserem Wort stehen den Kommunen bei der Finanzierung des Straßenausbaus flexible Lösungen zu ermöglichen. Ob die Städte und Gemeinden ihre Anlieger an der Finanzierung beteiligen oder nicht oder ob sie zum Beispiel wiederkehrende Beiträge erheben, soll künftig ganz in der Entscheidungshoheit der Kommunen liegen. Sie kennen die Situation vor Ort am besten und können mit dem nötigen Augenmaß etwaige Härtefälle abfedern. Die Landtags-CSU hat diesen Vorschlag ausgiebig auf Fachebene besprochen und dabei einen breiten Konsens erzielt. Nun wird sie dazu einen eigenen Gesetzentwurf erarbeiten. Dies ist gleichzeitig eine Absage an den zunächst gut klingenden, im Kern aber schlicht populistischen Wunsch der Freien Wähler nach einer kompletten Streichung der Ausbaubeiträge. Eine solche nimmt den Kommunen jeglichen Gestaltungsspielraum und macht sie von einer Finanzierung durch den Freistaat abhängig. Die Degradierung von Städten und Gemeinden zu Bittstellern würde gleichzeitig einem örtlichen Luxusausbau Tür und Tor öffnen, sowie eine willkürliche Stichtagsregelung und unklare Verteilung der Finanzmittel nach sich ziehen. Die CSU bleibt wie immer für jeden Austausch der Argumente auf Sachebene zugänglich. Dies schließt aber derartige populistische Kampagnen, wie sie die Freien Wähler derzeit vorzugsweise über soziale Medien betreiben, grundsätzlich aus.

Ein zweiter wichtiger Punkt bleibt die Lockerung des Anbindegebots. Sie schafft zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten im ländlichen Raum. Im Interesse der bayerischen Kulturlandschaft gibt es diese Ausnahmen aber nur, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird und kein geeigneter angebundener Alternativstandort zur Verfügung steht. Dies bedeutet ausdrücklich nicht, dass Bayern in Zukunft „zubetoniert“ wird. Mit 11,9 % liegt Bayern deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt, und dies soll auch so bleiben. Vergliche man Bayern mit einem Fußballfeld, bedeutete dies, dass nur wenig mehr als ein halber Strafraum versiegelt wäre.

Mit dem dritten Punkt, den Zentralen Orten, soll eine wohnortnahe Daseinsvorsorge in ganz Bayern geschaffen und erhalten werden. Dabei sollen alle benötigten Infrastruktureinrichtungen in zumutbarer Erreichbarkeit für



alle Bürger, gleich ob Stadt oder Land vorhanden sein. Mit der Einführung der zwei neuen Stufen „Metropole“ und „Regionalzentrum“ wurde damit der aktuellen Entwicklung Bayerns Rechnung getragen.

Natürlich gibt es zahlreiche andere Themen, die uns in den nächsten Monaten bis zur Landtagswahl verstärkt beschäftigen werden. Die Bereiche Digitalisierung, Weiterentwicklung der Schulreform, Umwelt, Migration und Integration, Sicherheit, Stabilität und Familie werden mit Sicherheit dazugehören. Sehr entscheidend bleibt aber aus meiner Sicht, dass wir als CSU nach dem niederschmetternden Wahlergebnis bei der Bundestagswahl erste und wichtige Weichen für eine Erneuerung an der Spitze stellen konnten. Das dies angesichts unterschiedlicher Ansichten nicht völlig ohne Streit abgehen würde ist selbstverständlich. Dennoch ist es jetzt noch vor Weihnachten gelungen, eine unglaublich schwere Wegstrecke für die Partei letztlich einvernehmlich hinzubekommen. Damit kehrt die CSU zurück auf den Weg der Geschlossenheit, des Aufbruchs und des Aufwärtstrends. Wenn jetzt der eine oder andere Unterschied in der persönlichen Wahrnehmung hintangestellt wird, haben wir die einmalige Chance, durch kameradschaftliche Zusammenarbeit wieder politischen Erfolg zu erzielen. Mit Einsatz und Disziplin können wir unsere Volkspartei erfolgreich erneuern und verloren gegangenes Vertrauen Schritt für Schritt wieder zurückerobern. Dies wird im Einzelfall nicht einfach, es ist aber möglich.

Damit nutzen wir die einzigartige Chance unsere großartige Heimat Bayern und ihre weitere Entwicklung weiterhin in die bewährten Hände der großen Volkspartei CSU zu legen. Dass uns dies in den nächsten Monaten gemeinsam gelingt darauf setzt

mit den besten Wünschen für einen friedlichen Advent, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches, gesundes neues Jahr

Ihr

Alex Dorow, MdL

### **Bericht aus der Stadtratsfraktion**

Liebe Mitglieder der Landsberger CSU,

drei Themen sind zum Ende dieses Jahres ganz besonders in der Diskussion – sowohl im Stadtrat aber auch in der Bevölkerung. Dabei sind die Themen auch noch fast gleichartig gelagert, geht es doch bei allen dreien letztlich um das Thema Bauen und dessen Auswirkungen. Zum einen möchte gerne der Landkreis bauen, zum anderen wird bald jedes Bauvorhaben das die Schaffung von Wohnraum zum Ziel hat ein Politikum. Und bei allem und stets im Hintergrund schwelt das Thema „Verkehr“.

Schon länger überlegt der Landkreis und diskutiert der Kreistag welche Möglichkeiten es gibt, die vielen Außenstellen des Landratsamtes an einem Standort zusammen zu fassen. Dazu hat es dann auch schon ein Gutachten gegeben, das der Landkreis in Auftrag gegeben hat. Auf Basis dieses Gutachtens wurde dann eine Entscheidung im Kreistag für einen Standort in Landsberg herbeigeführt – das Penzinger Feld. Zu diesem Standort wollte nun der Landkreis einen Wink haben, ob die Stadt Landsberg bei diesem Standort mitgeht.

Bereits im Vorfeld der Debatte war klar – diese Entscheidung wird umfassend diskutiert werden. Wobei es hier nicht unbedingt um das Thema an sich geht, sondern viel eher der politische Hintergrund ausschlaggebend ist. Dementsprechend ist die Diskussion dann auch verlaufen. Für mich, und für einige Stadträte mehr, war das der Tiefpunkt der bisherigen Debatten in dieser Legislaturperiode. „Nicht Vergnügungssteuerpflichtig“ ist wohl noch das mildeste Urteil, das man über diese Sitzung verlauten lassen kann.

Aber zurück zum eigentlichen Thema. Sicherlich lässt sich über den Standort für die Zusammenfassung der Außenstellen des Landratsamtes vortrefflich diskutieren. Sicherlich ist es aus städtebaulicher Sicht für die Stadt wichtig abzuwägen, wo denn eine solche Einrichtung ihren Platz finden soll und darf. Umso ärgerlicher, wenn in der Sitzung dann mit politischem Starrsinn gebetsmühlenartig und völlig vorbei am Thema wiederholt wird, dass es hier um ein Mega-Landratsamt mit über 600 Mitarbeitern und fast 900 Stellplätzen geht.

Der Wink ist nun in Richtung Landratsamt und Kreistag zurückgegeben. Gerade noch konnte man dank der intensiven Bemühungen unserer Fraktion zumindest die Entscheidung bewirken, dass nun eine Entwurfsplanung vorgebracht werden soll. Erst damit wird überhaupt der Kern der Debatte klar. Ich hoffe und wünsche mir, dass dann gemeinsam zwischen Stadt und Landkreis ein offener und befruchtender Austausch stattfinden kann, um für alle Seiten eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Auch wenn es einigen im Stadtrat aus politischen Gründen ganz sicher sehr gefallen würde, die Verlagerung dieser neuen Nebenstelle aus dem

Stadtgebiet heraus zu erwirken, es wäre aus meiner Sicht für alle Beteiligten definitiv die Schlechteste aller Alternativen.

Für mich ganz sicher ebenfalls alternativlos ist die Schaffung von Wohnraum. Der Knackpunkt heißt Nachverdichtung. Wie viel Nachverdichtung ist sinnvoll, verträglich, gewünscht? Aus manch einer Ecke, hoffentlich einer sehr kleinen, läuft es auf ein „ich bin jetzt hier und nach mir keiner mehr“ hinaus - zumindest ergibt sich dieser Eindruck bei mir immer öfter. Wir leben in einer florierenden Wirtschaftsregion, in einer Region in der viele andere auch leben möchten. Ich bin glücklich, hier geboren zu sein, leben und arbeiten zu dürfen. Auch ich habe nach Verlassen des Elternhauses hier in Landsberg eine Wohnung bezogen und später auch ein Einfamilienhaus gebaut. Viele geborene Landsberger würden dies gerne gleich tun. Schon allein diesem Personenkreis gegenüber haben wir eine Verantwortung, können also nicht einfach „dicht“ machen. Aber auch viele, die hier bei unseren ortsansässigen Unternehmen einen Arbeitsplatz gefunden haben, würden gerne mehr Zeit mit Ihrer Familie verbringen und weniger Zeit auf dem Weg zur und von der Arbeit. Andere nehmen aber genau das in Kauf, das Mehr an Zeit für den Arbeitsweg, weil sie sich den Wohnraum näher am Arbeitsplatz schlichtweg nicht mehr leisten können. Vielfältig sind die Gründe. Da wir es genießen dürfen in einem freien Land zu leben, halte ich es für falsch, diese Qualität aufzugeben. Maß- und qualitätsvolle Nachverdichtung ist also der Anspruch.

Anspruch ist aber auch Wohnraum zu schaffen, den sich die unterschiedlichen Schichten leisten können. Sowohl an diejenigen muss gedacht werden, die dafür nicht so viele Mittel bereitstellen können, als auch an die, die dafür wesentlich mehr aufbringen können. Ein gesunder Mix eben. Auf der einen Seite das Landsberger Modell und die sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN), auf der anderen Seite der freie Markt. Letzteren sollte die Stadt jedoch auch nicht beliebig davongaloppieren lassen – neue Baugebiete auszuweisen ist daher unumgänglich. Wiesengrund, Stauffenstraße, Reischer Talweg, Pfettenstraße – Gebiete die für die unterschiedlichen Anforderungen über die nächsten Jahrzehnte auch das Angebot bieten können. Qualitätsvoll ausgearbeitet über den Flächennutzungsplan, der die Verkehrsentwicklung sowie die Strategie „Landsberg 2035“ berücksichtigt, dann in einem Bebauungsplan gefestigt und gegebenenfalls über städtebauliche Verträge zusätzlich geregelt.

Dies bedeutet jedoch hohen zeitlichen und personellen Aufwand. Beides Kriterien, die das zurzeit schon über der Belastungsgrenze arbeitende Bauamt nicht vorweisen kann. Daher ist es unmöglich die gesamte Stadt über Bebauungspläne abzubilden. Weiterhin wird daher auch das Recht - im Übrigen ein Bundesrecht - des § 34 Baugesetzbuch auch bei uns zur Anwendung kommen müssen. Natürlich gibt es dort gewisse Spielräume, aber letztlich gibt es auch hier feste Kriterien, nach denen sich das „Einfügen“ eines Bauvorhabens bemisst. Dabei zielt das Wort „Einfügen“ hier nicht auf die Geschmacksfrage ab, wie oftmals vermutet wird, sondern eben auf die Art (z.B. Wohnen oder Gewerbe) und das Maß (z.B. Geschossfläche, Anzahl der Vollgeschosse, Baumassenzahl etc.) der Bebauung, der Bauweise (offen oder geschlossen, sprich Einzelhäuser nebeneinander oder ein langer Baukörper mit mehr als 50 Meter am Stück) und die zu überbauende Grundstücksfläche. Manches, was nicht gefällt, ist daher trotzdem zulässig. An Gesetz und Ordnung ist dabei aber nicht nur die Verwaltung gebunden, sondern eben auch der Stadtrat – schließlich hat jeder Stadtrat auch bei der Vereidigung darauf seinen Eid abgeleistet. Es ist für mich mehr als fraglich, ob es der richtige Weg ist, wissend gegen geltendes Recht zu stimmen und das Risiko von Klagen mit allen finanziellen und zeitlichen Folgen in Kauf zu nehmen.

Die Folgen all dieser Entscheidungen im Bereich der Stadtplanung sieht man meist aber erst nach vielen Jahren. Umso schwerer ist es hier, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Wissen wir doch alle nicht, wie die Welt in 10 oder 20 Jahren aussieht. Genauso wenig wissen wir, wie wir uns in 10 oder 20 Jahren von A nach B bewegen werden. Vielleicht gar nicht mehr? Vielleicht kann uns bis dahin Scotty in guter alter Raumschiff-Enterprise-Manier von A nach B „beamen“? Vermutlich nicht. Aber sicher ist, es wird anders sein als heute. E-Mobilität, Carsharing, autonomes Fahren und vieles mehr stellen heute einen der großen Megatrends dar. Natürlich muss dazu in den Köpfen erst ein Umdenken stattfinden. Das wird nicht von heute auf morgen geschehen. Aber können wir aus diesem Grund die Augen verschließen und weiter machen wie bisher? Weiter alles auf die „autofreundliche“ Stadt ausrichten? Infrastrukturpriorität Nummer 1 weiterhin der PKW im Eigentum, der dann 90 % des Tages herumsteht? Ich meine nein. Nachhaltigkeit für die Zukunft, gerade im Hinblick auf Emissionen und Klimaziele verpflichtet uns bereits heute, aktiv das Umdenken zu fördern und die Änderung des Mobilitätsverhaltens aktiv anzugehen.

Warum nicht teure Stellplätze in einer Tiefgarage weglassen und dafür in Carsharing, eMobilität, ÖPNV, Fahrradwegenetz und vieles mehr investieren? Damit den Nutzern die Mobilität schmackhaft machen, den Weg von A nach B mit anderen Mitteln komfortabel gestalten, so dass unser geliebter Personenkraftwagen nicht immer die erste Wahl ist. Kaiser Wilhelm II. hatte seine anfängliche Einschätzung „Ich glaube an das Pferd. Das

Automobil ist nur eine vorübergehende Erscheinung.“ auch revidiert und wurde zu einem sehr großen Autofan – vielleicht gelingt auch uns dieser Schritt hin zur Mobilität weg vom Verkehr in naher Zukunft?

Sie sehen liebe Mitglieder der Landsberger CSU, Ihre Fraktion ist an den zukunftsweisenden Themen hart am Ball. Immer mit viel Engagement, Geduld aber auch Beharrlichkeit, um die Entwicklung Landsbergs im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Landsberger CSU weiter voranzutreiben. Für die nun anstehende „Stade Zeit“ wünsche ich Ihnen auch im Namen meiner Fraktionskolleginnen und Kollegen das richtige Quantum an Ruhe, für die Weihnachtstage viel Zeit für Ihre Familie mit einem frohen und gesegnetem Weihnachtsfest und für das kommende Jahr alles erdenklich Gute, vor allen Dingen aber viel Gesundheit!

Ihr  
Tobias Wohlfahrt  
Fraktionsvorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion

### CSU-Herbstfest

Liebe Mitglieder der Landsberger CSU,

das CSU-Herbstfest unseres Ortsverbands ist inzwischen zu einer guten alten Tradition geworden. Auch in diesem Jahr lud der Ortsverband seine Mitglieder wieder ins Autohaus Huttner ein. Für das leibliche Wohl war bestens gesorgt. Es gab Schweinebraten, das Fassbier spendierte Vorstandsmitglied Max Kuisl und Maria und Werner Huttner waren einmal mehr wunderbare Gastgeber. Sie steuerten Kaffee und Süßes bei. Das Ambiente im modernen Audi-Center war dabei wieder einmal ein echter „Hingucker“ und so mancher Besucher nahm die ausgestellten Fahrzeuge genauer unter die Lupe. Das Hauptaugenmerk der Veranstaltung lag aber nicht auf dem Essen, den Getränken und den schönen Fahrzeugen – vielmehr standen gute Gespräche und das „Politisieren“ im Vordergrund und die Politprominenz war vollständig vertreten. Unser neuer Bundestagsabgeordneter sprach von den schwierigen Koalitionsverhandlungen in Berlin und Alex Dorow berichtete über Interessantes und Wissenswertes aus dem Landtag. Die Politik in unserer Region beleuchteten Landrat Thomas Eichinger und Oberbürgermeister Mathias Neuner im Rahmen ihrer Grußworte.

Im Anschluss daran wurde rege diskutiert und zu später Stunde halfen viele Besucher zusammen, um die CSU-Herbstfest-Zone wieder in einen Autoverkaufsraum zu verwandeln. Einmal mehr war des Herbstfest der Landsberger CSU ein voller Erfolg und man war sich einig, dass es dieses Event auch 2018 geben wird.

Werner Huttner zückte seinen Kalender und so wurde bereits jetzt der **20.10.2018** als Termin vereinbart. Ein Datum, das Sie sich schon jetzt vormerken sollten – es lohnt sich.

Werner Huttner zückte seinen Kalender und so wurde bereits jetzt der **20.10.2018** als Termin vereinbart. Ein Datum, das Sie sich schon jetzt vormerken sollten – es lohnt sich.

Werner Huttner zückte seinen Kalender und so wurde bereits jetzt der **20.10.2018** als Termin vereinbart. Ein Datum, das Sie sich schon jetzt vormerken sollten – es lohnt sich.

Ihr Harry Reitmeir

